

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVÄNGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMÄNNIS

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Ernst BACH · Pfarrer Alfons KREUSSEL · Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdB · Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHaupt, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

6. Jahrgang, Nummer 1

Postverlagsort Bonn

Bonn, im Januar 1958 -60

INHALT

MIT FESTIGKEIT UND ZUVERSICHT

von Gerhard Schröder S. 1

ANTWORT AN GEORGE KENNAN

von Dean Acheson S. 3

DARF EIN PFARRER FLÜCHTEN?

von Helmut Thielicke S. 5

FAMILIENPOLITIK UND ÖFFENTLICHE MEINUNG

von Heinz Simon S. 8

ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION S. 11

MIT FESTIGKEIT UND ZUVERSICHT

von Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder

In ein neues Jahr eintreten: das ist so, als überschreite man eben die Schwelle eines neuen Hauses, in dem man wohnen muß, ohne von ihm mehr als die Fassade zu kennen. Man weiß noch nicht, wie die Räume beschaffen sein werden, die sich öffnen. Man weiß nicht, ob es hell oder dunkel in diesem Hause sein wird, warm oder kalt, anheimelnd oder sorgenvoll, und man weiß auch nicht, ob man in Frieden darin leben kann, sozusagen bei unverschlossener Haustüre, oder ob man sich vor irgendeinem Nachbarn oder Dieben wird hüten müssen.

Beruhigend immerhin, daß man die Erfahrungen der Vergangenheit und die Lebenspraxis der Gegenwart mitbringt. Weshalb es denn scheint, als solle man in eben diesen Tagen, da sich das kommende Jahr als Zukunft weit vor uns auftut, Rückblick und Ausblick zugleich halten; politisch, versteht sich, denn keiner von uns steht allein in der Welt. Neben jedem leben, arbeiten, lieben und hassen andere Menschen, von Geburt an gebunden in unser Volk, das frei unter freien Völkern leben will. Da ist einer auf den anderen angewiesen, damit wir alle vor Gott und der Welt bestehen

können. Und von unserem Denken und Tun wird es abhängen, ob wir bestehen. Ob wir wiegen, oder ob uns die Geschichte nicht eines Tages zu leicht befindet.

Stabilität erfordert Einsicht und Gemeinsinn

Wenn wir uns den großen politischen Aufgaben der nächsten Zeit zuwenden, so drängt sich das Problem der Stabilität — Erhaltung der Vollbeschäftigung bei gleichzeitiger Zügelung der Preise — in den Vordergrund. Hochkonjunktur und Stabilität dauerhaft miteinander zu vereinbaren, ist nicht einfach. Wir haben lange genügend Reserven an Arbeitskräften und Produktionsmöglichkeiten gehabt. Unser Sozialprodukt ist in den vergangenen Jahren von Jahr zu Jahr kräftig gewachsen. In den jeweiligen Preisen ausgedrückt betrug das Brutto-Sozialprodukt 1950 noch 97,2 Milliarden, 1953 aber bereits 144 Milliarden. Für das Jahr 1957 ist es auf 209 Milliarden geschätzt worden! Es beträgt jetzt, in den jeweiligen Preisen ausgedrückt, mehr als das Doppelte von 1950. Niemand wird bestreiten, daß das sehr bedeutende Leistungen sind.

Es ist uns bisher auch gelungen, die Preise im Vergleich zu anderen Ländern relativ niedrig zu halten. Ohne Zweifel wird die Lage jetzt schwieriger. Das gilt gewiß nicht nur bei uns, sondern in oft weit stärkerem Maße auch in anderen Ländern. Wir werden in den nächsten Jahren mit vielerlei Anpassungsschwierigkeiten zu tun haben. Um jeweils die richtigen Maßnahmen zu ergreifen und um dafür die Unterstützung der Öffentlichkeit zu finden, ist eine bessere Einsicht in die Gesamtzusammenhänge notwendig. Wir Deutschen werden alle miteinander einen energischen Kampf führen müssen, um zu verhindern, daß der in den letzten Jahren errichtete Damm wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit unterminiert oder in anderer Weise gefährdet wird.

Wir werden mit aller Kraft um ein möglichst niedriges Preisniveau ringen. Ein Land mit einer so großen Zahl von Alters- und Sozialrentnern muß unbedingt ein Land niedriger Lebenskosten sein. Entscheidend darf hier nicht die Kurzsichtigkeit irgendeines Gruppenvorteils sein. Notwendige Preissteigerungen müssen in den allerengsten Grenzen gehalten werden. Es ist eine große Aufklärungswelle erforderlich, um alle davon zu überzeugen, daß nur eine solche Politik ihrem uraltesten Interesse entspricht.

Dabei drängt sich die Erkenntnis auf, daß die politische Aufklärungsarbeit nicht nur auf die Monate der großen Wahlentscheidung alle vier Jahre beschränkt bleiben darf. In den Monaten vor der Wahl ist die gesamte Wählerschaft unter erheblichem Aufwand geistiger und materieller Art auf die bevorstehende Entscheidung hingewiesen und für diese Entscheidung vorbereitet worden. Nicht immer ist eine solche Intensität der Aufklärungsarbeit möglich. Aber gerade Situationen wie die gegenwärtige verlangen eine höchst intensive Aufklärung der Bevölkerung, um die unentbehrliche Mitarbeit im Kampf um die Stabilisierung zu bekommen. Auch das beste Markenerzeugnis bedarf der Werbung, wenn es seine großen Verkaufszahlen halten will. Von dem Philosophen Jaspers stammt das Wort, daß auch die Wahrheit der Propaganda bedarf.

Die heilsame Mahnung der Sputniks

Lassen Sie mich nun einen Blick auf das zweite große Feld unserer Arbeit in den kommenden Jahren richten. In den letzten Monaten war die ganze Welt fasziniert von dem sowjetischen Erfolg, zwei Erdsatelliten in den Weltraum entsandt zu haben. Diese beiden Sputniks sind ein Triumph der sowjetischen Taktik, alle Kraft auf den militärischen Fortschritt zu konzentrieren. Sie sind aber nicht nur das, sondern gleichzeitig eine heilsame Mahnung an die Adresse der freien Welt. Wenn diese Mahnung richtig verstanden und richtig beantwortet wird, dann wird sie dazu beitragen, die Uneinigkeit in der freien Welt zu beseitigen und die weit größeren Leistungskräfte des Westens zur vollen Entfaltung zu bringen.

Die Mitglieder des Atlantischen Bündnisses haben in Paris die notwendige Bestandsaufnahme gemacht. Sie haben ihren Willen bekräftigt, gemeinsam jeder Aggression zu widerstehen. Sie wollen ihre vereinten Kräfte für die Bewahrung des Friedens einsetzen. Sie bleiben sich der Wahrheit bewußt, daß der Preis für die in der Welt immer bedrohte Freiheit in ständiger Wachsamkeit besteht. Dazu gehört besonders die Einsicht, daß die sowjetische Taktik vor allem von dem Ziel bestimmt ist, den freien Westen auseinander- und durcheinanderzumanövrieren.

Die Erfolge der Sowjetunion im Weltenraum vermögen allerdings nicht von der Tatsache abzulenken, daß die Ostblockländer unter wirtschaftlichen Entwicklungs-

schwierigkeiten zu leiden haben. Es wäre aber töricht, wollte man übersehen, daß sich trotz aller Schwierigkeiten das wirtschaftliche und industrielle Wachstum der Ostblockländer fortsetzt. Für das technische Potential gilt das ganz offensichtlich. So hat sich der Rüstungsstand der Sowjetunion trotz schlechter allgemeiner wirtschaftlicher Lage verbessern können. Er dürfte bei atomaren Waffen und ihren Trägern heute wohl dem der Vereinigten Staaten entsprechen. Die Drohung, die die russischen Fernraketen darstellen, wird je länger desto mehr auf die amerikanische Öffentlichkeit nachhaltigen Eindruck machen. Das kompliziert nicht nur die amerikanische Situation selbst, sondern es läßt uns auch unsere eigene Verteidigung in neuem Lichte sehen. Dazu hat der hervorragende englische Militärsachverständige Liddell

„Politik verlangt Klarheit in der Erkenntnis der Ziele. Sie muß realistisch sein, d. h. die Möglichkeiten erkennen, sie muß mutig sein, um die auf ihrem Wege sich zeigenden Hindernisse zu überwinden. Vor allem aber verlangt politische Arbeit Ruhe, Geduld und Stetigkeit. Nur wenn diese Voraussetzungen vorliegen, kann man auf Erfolg rechnen.“

Bundeskanzler

Dr. KONRAD ADENAUER
in der Regierungserklärung
vom 29. Oktober 1957

Hart vor kurzem das Wort genommen. Ich möchte das, was mir an seinen Gedankengängen beachtlich erscheint, kurz zusammenfassen:

Bisher haben es die europäischen NATO-Mitglieder als Gewißheit hingenommen, daß die Vereinigten Staaten der Sowjetunion in Atombomben, Wasserstoffbomben und deren Transportmitteln weit überlegen seien. Es wurde weiter angenommen, daß diese amerikanische nukleare Überlegenheit als Gegengewicht gegen die weit größeren Landstreitkräfte der Sowjets ausreichen könnte, die Sowjets von einer Invasion in die westeuropäischen Staaten abzuschrecken. Schließlich wurde angenommen, daß im schlimmsten Falle die strategische Luftwaffe der Vereinigten Staaten alle sowjetischen Angriffe würde abschlagen können.

Seit dem Erscheinen der Sputniks gilt es als erwiesen, daß die Russen in der Lage sind, größere Ziele, wie Städte in den Ländern des Westens, zu treffen. Nun aber taucht die Frage auf: Würden die Amerikaner es sich jetzt nicht zweimal überlegen, ihre strategische Luftwaffe zur Beantwortung sowjetischer Angriffe in Europa oder Asien einzusetzen, wenn nun auch New York und Chicago in den Schußbereich sowjetischer Raketen geraten sind? Würden die Vereinigten Staaten ihre eigene Zerstörung riskieren wollen, wenn es nicht für sie selbst um Leben und Tod geht? Selbstverständlich sind die Sowjets sich über solche Gedanken im Westen völlig im klaren. Liddell Hart nimmt an, daß das die Sowjets dazu bringen könne, ihre Politik des Vorstoßes weiter zu entwickeln. Mit dieser Politik könnten sie die Stellung des Westens stückweise „anknabbern“, ohne dabei den Anschein zu erwecken, daß sie ihn ganz zu verschlingen beabsichtigen.

„Wir würden gut daran tun, mit der Möglichkeit eines Überraschungsüberfalls innerhalb von 24 Stunden zu rechnen, der im Vertrauen auf das Zögern der atlant-

tischen Länder bei der selbstmörderischen Auslösung des nuklearen Krieges versucht werden könnte. Nach einem derartigen kurzen Blitzangriff mag ein Verhandlungsangebot kommen, das die Westmächte vor die Alternative stellt: Wollt ihr die Welt in die Luft sprengen oder mit uns am Konferenztisch zusammentreten?“ Ich möchte hier einschalten, daß man nicht erst durch die nationalsozialistischen Erlebnisse schlimmer Art belehrt zu sein braucht, um eine solche totalitäre Praxis für durchaus wahrscheinlich zu halten.

Liddell Hart stellt dann die Frage nach der Form der Streitkräfte, die einem solchen Stoß Einhalt gebieten könnten. Ich lasse alle Einzelheiten weg. Er kommt zu dem Ergebnis, daß 30 aktive und entsprechend ausgerüstete NATO-Divisionen ausreichen würden, einen solchen sowjetischen Vorstoß aufzuhalten. Man wird, wie ich glaube, seinen Gedanken weitgehend zustimmen können. Seine Betrachtungen unterstreichen die Richtigkeit der deutschen Verteidigungspolitik im Verbände der NATO.

Wachsamkeit und Opferbereitschaft sind das Fundament der Sicherheit

Gibt es Neues im Osten? Wir tun gut daran, uns rechtzeitig darüber klarzuwerden, daß wir in der Bundesrepublik mit weiteren Unterminierungsversuchen zu rechnen haben. Wenn man manchmal die wirkliche oder gespielte Naivität vieler unserer Mitbürger an drastischen Beispielen vorgeführt erhält, wie das z. B. in Karlsruhe bei dem Prozeß Agartz der Fall war, kann man nur verwundert die Frage stellen, wie billig es eigentlich den Sowjets gemacht werden soll, ihr weltrevolutionäres Spielfeld zu erweitern. Hier ist äußerste Wachsamkeit angezeigt. In der Sowjetzone

nimmt die Aktivität vor allem gegen die evangelische Kirche zu. Der Druck auf die Jugendlichen zur Teilnahme an der Jugendweihe wächst ständig. Wenn schon nicht unsere Kinder, aber unsere Enkel würden an den Kommunismus glauben, meinte Chruschtschow kürzlich. Diese sowjetische Zukunftshoffnung ist immer noch eine der stärksten Antriebskräfte des Kommunismus. In diesem Zeichen versucht er, aus der Sowjetzone Deutschlands seine festeste Bastion zu machen. Auf dem Wege dieser Entwicklung stehen Terrorurteile als Marksteine, wie gerade wieder das Urteil gegen den Leipziger Studentenpfarrer Schmutzler.

Unsere Politik muß deutlich machen, daß sie immer auch ein Kampf zur Wiederherstellung der deutschen Einheit ist. Jede unserer politischen Handlungen und Entscheidungen muß von unseren Landsleuten in der Sowjetzone als auch in ihrem Interesse liegend erkannt und gewürdigt werden können.

Unsere eigene Verantwortung für unsere Verteidigung wird weiter wachsen. Wir sind der Überzeugung, daß der freie Westen, wenn er seine Kraft zusammenfaßt, ein unüberwindliches Potential darstellt. Wir werden dem deutschen Volke in der nächsten Zeit vielleicht eindringlicher als bisher klarmachen müssen, daß Verteidigung und Sicherheit beträchtliche materielle Opfer kosten. Vielleicht möchte mancher sich nach einer Alternative umsehen, die billiger ist. Es gibt keine, es sei denn die, ein sowjetrussischer Satellit zu werden. Dagegen erhebt sich das einmütige Nein aller rechtlich denkenden Männer und Frauen sowie der Jugend unseres Volkes.

Weil wir das wissen, wollen wir getrost in das neue Haus, in das Jahr 1958, hineingehen.

ANTWORT AN GEORGE KENNAN

von Dean Acheson

Der frühere amerikanische Außenminister und heutige Vorsitzende der Außenpolitischen Kommission der Demokratischen Partei, Dean Acheson, setzt sich in den folgenden, am 11. Januar d. J. veröffentlichten Ausführungen in aller Deutlichkeit mit den von George Kennan, dem ehemaligen US-Botschafter in Moskau, in seinen Londoner Rundfunkvorträgen vertretenen Auffassungen und Vorschlägen zur West-Ost-Politik auseinander, die auch in der Bundesrepublik heftig diskutiert worden sind:

Wie ich höre, besteht in Europa der Eindruck, daß die von Mr. George Kennan in seinen Reith-Vorlesungen (Sendereihe der BBC — Die Red.) vertretenen Gedankengänge — insbesondere die Meinung, daß ein Vorschlag für den Rückzug amerikanischer, britischer und russischer Truppen aus Europa gemacht werden sollte — die Auffassung der Demokratischen Partei repräsentierten. Das ist, was auch Mr. Kennan selbst zugeben wird, ganz entschieden nicht der Fall. Die in den Reith-Vorlesungen geäußerten Meinungen sind von Mr. Kennan nicht zum erstenmal vorgebracht worden. Er hat diese Ideen schon Anfang 1949 innerhalb der demokratischen Administration entwickelt, und sie sind damals abgelehnt worden. Heute stehen sie im Gegensatz zu der erklärten Meinung der Führer der Demokratischen Partei im Kongreß und außerhalb des Kongresses.

Auf dem Gebiete, auf dem er Sachkenntnis besitzt, kann Mr. Kennan mit Autorität sprechen — nämlich auf dem weiten Feld der russischen Geschichte und Kultur; er ist auch ein Kenner

der Geistesverfassung und der geistigen Haltung, die sich aus der praktischen Auswirkung der marxistisch-leninistischen Ideologie ergibt. Aber Mr. Kennan hat nach meinem Urteil die Probleme der Machtverhältnisse nie nach ihrer wirklichen Bedeutung erfaßt und begriffen, sondern nimmt ihnen gegenüber eher eine mystische Haltung ein. Für Mr. Kennan gibt es in Europa keine militärische Bedrohung von seiten der Sowjets:

„Wenn die bewaffneten Streitkräfte der Vereinigten Staaten und Großbritanniens“, so sagt er, „nicht auf dem Kontinent stünden, würde das Verteidigungsproblem für die kontinentalen Völker in erster Linie ein Problem der inneren Gesundheit und der Disziplin der verschiedenen nationalen Gesellschaftsordnungen sein; das Problem bestünde für sie darin, wie sie sich organisieren, um die Überwältigung und Unterjochung ihres nationalen Eigenlebens durch vom Ausland inspirierte und skrupellose Minderheiten in ihrer Mitte zu verhindern.“

Wenn die kontinentalen Nationen über den wünschenswerten Zustand innerer Gesundheit und Disziplin verfügten, würde sie das befähigen, der Sowjetunion gegenüber zu erklären, daß sie zwar die Macht habe, diese Staaten zu überrennen, „daß aber nicht ein einziger Kommunist oder eine andere Person, die eure politischen Geschäfte besorgen könnte, euch für diesen Zweck zur Verfügung stehen würde“. Dann folgt die geradezu messianische Erklärung:

„Ich glaube, ich kann die persönliche Zusicherung geben, daß ein Land, das in der Lage ist, Moskau das zu sagen, nicht gerade mit diesen Worten, aber in jener Sprache der militärischen Haltung und des

politischen Betragens, welche die Russen am besten verstehen —, ich glaube, daß ein solches Land kaum fremder Garnisonen bedarf, um seine Unverletzlichkeit gegen einen sowjetischen Angriff zu sichern.“

Wie kann irgendein Mensch von einer „persönlichen Zusicherung“ in einem derartigen Zusammenhang sprechen? Worauf beruht denn eine solche Garantie, es sei denn auf göttlicher Offenbarung? Aber sogar mit ihrem besonderen Stil scheint diese Zusicherung ihre eigene Widerlegung zu enthalten. Bei dem gegenwärtigen Stand der Machtverteilung in der Welt und im Lichte des Gebrauchs, den das russische kommunistische Regime von seinen Machtmitteln zur Ausdehnung seiner Herrschaft macht —, kann man da daran zweifeln, daß es ohne die Verbindung mit Amerika in Westeuropa nicht mehr unabhängiges nationales Leben gäbe, als es in Osteuropa gibt?

Mr. Kennans Rezept für Rettung und Erhaltung durch innere Gesundheit und Disziplin innerhalb der nationalen Gesellschaftsordnungen Europas verlangt einen Grad von gesunder Reinheit, die in keinem Staate existiert, den ich mir vorstellen kann. Aber nicht nur das: Wenn man es zu einer Situation kommen ließe, in der der russischen Militärmacht auf dem Kontinent kein Widerstand mehr entgegengesetzt werden könnte, hätte das die normale und natürliche Folge, daß die Zahl der Kommunisten und der anderen Personen, die bereit wären, die politischen Geschäfte der Russen zu besorgen, mächtig wachsen würde, und daß sie zur Verfügung stünden, um die Kräfte zu stürzen, die sich einer solchen Entwicklung zu widersetzen wagten. Wenn die Verbündeten, deren Präsenz allein es Westeuropa ermöglicht, dem sowjetischen Druck zu widerstehen, sich vom Kontinent zurückziehen sollten, würde gerade dieser Rückzug die Entwicklung der nationalen Gesundheit und Disziplin unmöglich machen, dank denen die Anwesenheit der Alliierten unnötig werden sollte.

Es ist irreführend, wenn man, wie Mr. Kennan das getan hat, die Dinge so darstellt, als ob die Alternative zu der amerikanischen und britischen Machtentfaltung in Europa einzig der „sowjetische Angriff“ wäre. In vielen, vielleicht in den meisten Fällen wäre ein Angriff sowjetischer Streitkräfte, die nur auf einen symbolischen Widerstand stoßen würden, gar nicht nötig, wie das im Jahre 1948 in der Tschechoslowakei der Fall war oder heute in Polen ist. Die Sowjetunion könnte ihre Ziele durch bloße Einschüchterung erreichen, zumal jedermann noch die Lektion von Ungarn im Gedächtnis hat. Polen könnte übrigens das Land sein, das mehr als jedes andere in Europa imstande wäre, die von Mr. Kennan empfohlene trotzigste Erklärung zu erlassen. Die Polen kennen die Russen sogar besser als Mr. Kennan; aber das befreit sie nicht von der russischen Herrschaft. Es ist müßig, mit dem Gedanken zu spielen, daß die Polen freier wären, wenn die Macht, die fähig ist, der Sowjetunion entgegenzutreten, sich vom Kontinent zurückzöge.

In einem vor kurzem erschienenen Buch habe ich meine Auffassung über diese Frage in folgender Weise umschrieben:

„Wenn wir sagen, daß die westeuropäischen Nationen als unabhängige Staaten ‚nur mit der aktiven Unterstützung Amerikas‘ fortbestehen können, — was meinen wir damit genau? Wir meinen damit etwas ganz Bestimmtes. Wir meinen, daß das einzige Abschreckungsmittel gegen die Unterwerfung Westeuropas unter den russischen Willen in dem Glauben besteht, daß gegen einen solchen Versuch von allem Anfang an die amerikanische Macht eingesetzt werden und wenn nötig der Sowjetunion Schäden zufügen würde, die das Moskauer Regime nicht erleiden möchte. Dieses Regime wird aber nicht glauben, daß das tatsächlich geschehen wird, wenn die Vereinigten Staaten und Westeuropa getrennt sind und für sich allein stehen. Das Problem der Koalitionspolitik besteht auf beiden Seiten des Atlantiks für die Führer und für die Völker darin, daß man diese Wahrheit versteht, daß man danach handelt und daß man mit unerschütterlichen Nerven alle Risiken übernimmt, die notwendig sind.“

An derselben Stelle habe ich, wozu hier der Raum fehlt, auch dargelegt, aus welchen Gründen mir dieser Kurs den besten Weg zu einer Lösung der Probleme Europas zu bieten scheint. Dieser Kurs anerkennt den Machtfaktor, dem man nicht ausweichen kann, und ebenso auch den Ausgleich zwischen zwei Machtpositionen. Aber Mr. Kennan denkt darüber anders. Man lasse mich ihn noch einmal zitieren:

„Es kann gar nicht oft genug unterstrichen werden, daß die wirkliche Stärke der NATO nicht in den papierenen Verpflichtungen liegt, die sie unterbauen: sie liegt — und wird unter allen Umständen auch weiterhin darin liegen — in der Einschätzung der Mitgliedstaaten nach der Eigenart ihrer wirklichen Interessen als Mitglieder der geistigen und kulturellen Gemeinschaft des Westens. Wenn man in dieser Weise an das Problem herangeht, wird die NATO als politische Realität nicht schwächer sein, denn sie kann, soweit es sich um Deutschland handelt, durch andere Arrangements ergänzt oder ersetzt werden.“

Dazu wäre mancherlei zu sagen: Einmal, daß die „anderen Arrangements, soweit es sich um Deutschland handelt“, den militärischen Schutz Europas der massiven nuklearen Vergeltung anheimstellen würden, was gerade das ist, was Mr. Kennan und wir andern alle nicht wünschen. Ein zweiter Punkt, der zu erwähnen wäre, ist der, daß damit auf unbestimmte Zeit der Tag hinausgeschoben würde, an dem die Nuklearkraft aller Art ausgeschaltet und die europäische Sicherheit konventionellen Streitkräften der Alliierten anvertraut werden könnte. Aber die für unseren gegenwärtigen Zweck vielleicht wichtigste Erklärung ist die, daß ich, wenn wir schon persönliche Zusicherungen geben, meinerseits die Versicherung abgeben kann, daß die Meinung Mr. Kennans von keinem verantwortlichen Führer der Demokratischen Partei in den Vereinigten Staaten geteilt wird.

Das Zentralkomitee der SED in der Sowjetzone hat alle politischen Gruppen angewiesen, jede sich bietende Gelegenheit wahrzunehmen, kirchliche Organisationen und Kirchenführer, die sich nicht vorbehaltlos zur sogenannten „Friedenspolitik der fortschrittlichen Kräfte“ bekennen, zu diffamieren. Auf der gleichen Linie liegen Äußerungen des Generalsekretärs der Ost-CDU, Gerald Götting, die er auf einer zentralen Arbeitskonferenz seiner Partei in Leipzig machte. Götting verlangte, daß alle Kirchenleitungen nun endlich „normale Beziehungen zur DDR herstellen und sich positiv zur nationalen Politik der DDR bekennen“ müßten. „Wir Christen können und dürfen nicht dulden“, erklärte Götting, „daß echtes Gefühls- und Glaubensleben noch länger für die Verbrämung einer unchristlichen Politik mißbraucht werden.“

DARF EIN PFARRER FLÜCHTEN?

von Professor D. Dr. Helmut Thielicke, D. D., Hamburg

Als ich um eine Stellungnahme zu dem gegenwärtigen Kirchenkampf in der Sowjetzone gebeten wurde, hatte ich die größten Hemmungen zuzusagen. Diese Hemmungen haben vor allem einen Grund: Wir besitzen — trotz persönlicher Berichte und andeutender Briefe — nicht genügend Informationen, um einen klaren Tatsachenbericht erstellen zu können. Dieser Informationsmangel beruht wesentlich auf der künstlichen Nebeldecke, die das östliche Regime über das Geschehen in seinem Machtbereich legt, sowie auf der hemmungslosen Verbiegung der Wahrheit, deren sich seine Berichterstattung schuldig macht. Ein zweiter Grund für meine Hemmungen ist dadurch gegeben, daß jede kritische Frage, die wir an unsere kämpfenden und bedrängten Brüder richten, von der Propaganda des Systems ausgenutzt und als „Schuß aus dem Hinterhalt“ gedeutet werden könnte. Alle diese Bedenken nötigen mich, mehr Fragen sichtbar zu machen, als Antworten zu geben. Aber wie hilfreich, wie unsagbar tröstlich wäre es schon, wenn wir nur die Fragen unserer Brüder übernähmen und ihre Gewissensbedrängnisse wenigstens ein Stückweit selber erlitten!

Ein Staat, der sich als Pseudokirche etabliert

Der entscheidende Zug am Geschehen drüben ist sicher, daß hier der Staat ostentativ in die innerkirchlichen Bereiche hineingreift. Das zeigte sich beim Falle Schmutzler insofern, als ihm die Verbindung mit den Evangelischen Akademien vorgeworfen wurde. Man kann also schon strafrechtlich belangt werden, wenn man mit regulären kirchlichen Organen — die auch in der Zone keineswegs verboten sind — Kontakt aufnimmt. Der gleiche Eingriff zeigt sich dort, wo die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses oder der Konfirmation genügt, um den betreffenden Pfarrer als Staatsfeind anzuprangern. Hier wird eine Maßnahme der Kirchenzucht — über deren theologische Berechtigung sich durchaus streiten läßt —, hier wird also ein innerkirchlicher Akt staatlich reglementiert und als kriminelles Delikt geahndet.

Man kann die Bedeutung dieses Vorgangs nur ermessen, wenn man seinen exemplarischen Rang erkennt. Hier geht es nicht um zufällige, vielleicht lokal oder personell bedingte „Pannen“, die wieder ausgebügelt werden könnten, sondern hier verrät die ideologische Tyrannei ein Geheimnis ihres Wesens: Sie kann nämlich die in ihrer Verfassung „verbürgte“ Distanz von Staat und Kirche de facto deshalb nicht durchhalten, weil sie gar kein Staat im eigentlichen Sinne, sondern weil sie selber Pseudo- und Gegenkirche ist. Der ideologische Machtstaat erhebt innerhalb jenes geschichtlichen Interims, das bis zum Anbruch der „klassenlosen Gesellschaft“ währt, totale Ansprüche an den Menschen. Er beschränkt sich nicht auf Ordnungsfunktionen, vielmehr durchdringt er mit seiner Ideologie alle Lebensbereiche — Universität und Schule, Kunst und Gesittung — und zwingt darum nicht nur in speziell politischen Zusammenhängen, sondern in jedem dieser Lebensbereiche zu einem Bekenntnis. Die Spalten der Ost-Zeitungen sind täglich voll mit Berichten über „Resolutionen“, die irgendwelche Gremien und Versammlungen gefaßt haben. Der Begriff „Resolution“ ist eine Säkularisierung des Begriffs „Konfession“, er umschreibt also nur dieses ständige Nötigung zum Bekenntnis.

Ein Staat mit diesen totalitären Ansprüchen spricht folglich die Seelen an und etabliert sich auf diese Weise als Pseudokirche. Der sich daraus ergebende Zusammenprall mit der Gemeinde Jesu Christi hat, wenn

man genauer differenziert, zwei Ursachen: Erstens ist die Kirche in institutioneller Hinsicht für den Staat unerträglich, weil sie ihr Mandat nicht von ihm und der ihn tragenden Ideologie empfängt; sie wird als „artfremdes Eiweiß“ empfunden — ich zitiere bewußt einen Begriff, der uns aus einem andern Totalitarismus vertraut ist — und muß demzufolge ausgeschieden werden. Zweitens müssen Kirche und Pseudokirche hier zusammenstoßen, weil der christliche Glaube den Menschen zur Person, zu einem „Herrn aller Dinge“ macht und ihm damit eine Gewissenssouveränität verleiht, die dem verhaftenden Zugriff des Staates gegenüber sperrig ist.

Die ökonomische Taktik des Angriffs auf den Glauben

So klar im Grundsätzlichen aber man diese Kollision auch aufzuzeigen vermag, so verwirrt und undurchsichtig kann ihre konkrete Erscheinung sein, so schwer ist es vielfach im einzelnen, aus einer Situation klug zu werden. Das hat eine sehr einfache Ursache: Der ideologische Staat ist zwar von bestechender Konsequenz in seiner grundsätzlichen strategischen Linie. Er verwirrt diese Linie aber nach außen durch taktische Schachzüge. Das heißt praktisch: er hütet sich nach Möglichkeit vor einem offenen Gegensatz zur Kirche. Denn dadurch würde er die Gewissen mobilisieren und den status confessionis hervorrufen. Unter dem status confessionis versteht man die Nötigung des Zeugen, klar und unerschrocken zu bekennen, weil er in unmißverständlicher Weise seinen Herrn angegriffen sieht. Diese Nötigung zum Bekenntnis schafft harte und eindeutige Gegner und ist darum unökonomisch. Aus diesem Grunde besteht die Taktik der Tyrannei darin, nicht das Zentrum des Glaubens zu attackieren, sondern an peripheren, in dieser oder jener Hinsicht als „schwach“ erkannten Stellen anzusetzen und seine Zermürbungsmethode ins Spiel zu bringen. Man spricht etwa von Devisen-„Vergehen“, weil der westliche Teil der Kirche Opfer für den östlichen eingesammelt hat. (Erinnert man sich noch an die beklemmend parallelen Devisen-Prozesse, die Goebbels gegen die Klöster inszenierte?) Oder man stellt in Schauprozessen einen kirchlichen Amtsträger heraus, der sachlich problematisch oder persönlich ungeschickt gehandelt hat.

Wir kennen den Fall von Propst Maercker, der einem Mädchen auf Grund seiner Teilnahme an der Jugendweihe das kirchliche Begräbnis versagte, zu wenig, um mit Sicherheit darüber urteilen zu können, ob hier etwa eine solche seelsorgerisch fragwürdige oder persönlich ungeschickte, also vielleicht vermeidbare Verschärfung der Situation vorgelegen hat. Aber auch wenn das so gewesen sein sollte, wäre es völlig falsch, wenn wir uns nun vom Falle Maercker einfach distanzieren würden oder wenn eine sowjetzonale Kirchenregierung das täte. Denn auf eine solche Distanzierung legt es die östliche Taktik ja gerade an, wenn sie sogenannte schwache Stellen zum Angriffsziel macht, in Wirklichkeit aber nicht den einen Propst Maercker oder wen auch immer, sondern eben stets die Kirche in toto meint. Und außerdem bleibt auch im Falle Maercker zu bedenken, daß diese schwache Stelle — wenn sie überhaupt schwach sein sollte! — äußerstenfalls in die Zuständigkeit eines kirchlichen Disziplinargerichts, nicht aber vor den staatlichen Kadi gehört, der dann mit zweieinhalb Jahren Zuchthaus aufwartet.

Wann „lohnt“ sich das Bekennen?

In ähnlicher Weise müßte meines Erachtens in der Frage argumentiert werden, ob die Kirche berechtigt sei, einen Jugendlichen, der sich der atheistischen Jugendweihe unterzieht, von der Konfirmation auszuschließen. Natürlich kann man sich fragen, ob das pädagogisch richtig und ob es überhaupt konsequent sei. Pädagogisch gesehen wäre zu fragen, ob der junge Mensch in dieser Sache nicht überfordert sei und ob man hier den Druck des Systems und den Einfluß des elterlichen Willens genügend in Rechnung gestellt habe. Die Frage nach der Konsequenz hätte zu lauten, ob es angehen könne, Gemeindeglieder, die in die atheistische SED eintreten, kirchlich ungeschoren zu lassen und den Kampf um diese Entscheidung statt dessen auf dem Rücken von Halbwüchsigen auszutragen. Und man könnte allen Ernstes fragen, ob die von mancherlei theologischer Problematik umgebene Konfirmation ein genügend tragfähiger Boden sei, um die Last des status confessionis auf ihn abwälzen zu können. Haben wir also nicht vielleicht auch hier einen locus minoris resistentiae, eine jener schwachen Stellen, die die Taktik der raffinierten Machthaber als Ansatzpunkte für ihren Kirchenkampf ausgespäht hat?

Nun bin ich zwar der Meinung, daß wir es den kämpfenden Brüdern drüben schuldig sind, diese Frage an sie zu richten und ihnen zur Klärung zu verhelfen. Manche — nicht alle! — Fragen sieht man aus der Etappe vielleicht etwas schärfer als im Kampfgewühl der Front. Gleichwohl müssen wir uns hier vor einer kurzschlüssigen und selbstsicheren Kritik hüten. Ich erinnere mich an manche Situationen aus dem Kirchenkampf des „Dritten Reiches“. Wir haben damals immer wieder Kompromisse in scheinbar nebensächlichen Fragen mit dem Regime geschlossen, weil wir uns sagten: Wir wollen uns doch nicht für eine solche Bagatelle abschießen oder von unserer Aufgabe wegdrängen lassen. Wir werden dem Feind doch diesen Gefallen nicht tun! Lieber warten wir auf den richtigen, eklatanten, massiven und saftigen status confessionis, in dem zu fallen es sich dann auch „lohnt“. — Es konnte dabei vorkommen, daß man vor lauter Warten auf den lohnenden Augenblick nie recht zum Schuß kam und daß einen statt dessen die Interimskompromisse auf eine schiefe Bahn geraten ließen, die das Zeugnis nirgendwo mehr einrasten ließ.

Vielen unserer Brüder drüben erscheint das Problem Konfirmation-Jugendweihe — jedenfalls im Augenblick — als der springende Punkt, an dem sie meinen, vor einer Auseinandersetzung nicht kneifen zu dürfen. Und wenn wir hier einige Fragen auf dem Herzen haben, dann können wir sie sehr betont nur im Rahmen einer theologischen, also innerkirchlichen Diskussion mit unseren Brüdern äußern, auf keinen Fall aber so, daß wir dem Staate, der dieses Gespräch belauscht, auch nur das geringste Recht zugestehen, sich in diese Diskussion einzumischen oder gar mit der Donnerstimme seines Terrors und seiner Lynchjustiz dazwischenzubrüllen. Wer hier im Recht und wer im Unrecht ist, das ist völlig klar.

Der gefährliche Ausrede-Effekt

Es gilt also unter allen Umständen, den taktischen Gesichtspunkt im Auge zu behalten, der für den Kirchenkampf des Ost-Systems maßgebend ist. Er besteht darin, daß man durch eine Konzentration des Kampfes auf relativ fragliche oder schwache Punkte den bedrängten Gewissen die Ausrede verschafft: Hier brauche ich mich nicht zu engagieren, hier ist kein eindeutiger status confessionis. Ich kann „noch einmal davonkommen“. — Eben dieser Ausrede-Effekt ist das Ziel einer solchen Taktik. Gegenüber einer aggressiven Tyrannis aber muß man auch im Nebensächlichen stark

und vor allem solidarisch sein. Denn die ideologischen Generalstäbe haben andere strategische Rezepte als die Schultradition. Sie tragen ihre Entscheidungsschlachten auf Nebenkriegsschauplätzen aus. Sie tun das im Großen: Wenn sie Amerika oder Europa treffen wollen, so greifen sie nicht New York oder London an, sondern sie verhandeln in Kairo und betreiben die Einsickerung in den Nahen und Fernen Osten. Und sie tun das auch im Kleinen: Sie heben nicht eine Kirchenregierung aus, sondern sie setzen einen Pfarrer aus der Provinz hinter Schloß und Riegel. Sie verbieten nicht die Bibel oder die Augsburgische Konfession, sondern sie machen einen ländlichen Friedhof zu ihrem Tummelplatz.

Die Folgerung, die daraus nach meinem Empfinden für den Kirchenkampf zu ziehen ist, lautet: Wir dürfen niemals theologische, innerkirchliche Erwägungen — oder auch Auseinandersetzungen! — zu einer Legitimation für staatliche Eingriffe werden lassen. Das heißt konkret: Wenn die Kirche in irgendeinem Gebiet der Sowjetzone eine bestimmte Entscheidung über irgendeinen Widerstand an irgendeiner Stelle gefällt hat, dann müssen wir dazu stehen, auch wenn wir selbst oder wenn Kirchenglieder drüben diese Stelle für nur sekundär wichtig bzw. die Entscheidung als solche für ungeschickt oder für gedanklich nicht genügend abgeklärt halten sollten.

Die Flucht vor dem „legalen“ Unrecht

Diese Überlegungen scheinen mir auch ein Licht auf die Frage fallen zu lassen, ob es recht sei, wenn Kirchenleitungen der Sowjetzone über Pfarrer, die sich unter schwerstem Druck und angesichts einer drohenden Zuchthausstrafe zur Flucht in den Westen entschließen, ein Disziplinarverfahren verhängen. Sind die beiden Pfarrer, die nach langjährigem, tapferem Ausharren diese Flucht antraten, wirklich Mietlinge, die pflichtvergessen die ihnen anvertraute Herde verließen? Steht die Residenzpflicht des Pfarrers unter einem Ausnahmegesetz, das ihm die üblichen Rechte, sich selbst und seine Familie in Sicherheit zu bringen, versagt? Ist die Flüchtlingsquote der Pfarrer nicht unvergleichlich geringer als die aller anderen Berufszweige? Bedeutet die Drohung mit einem Disziplinarverfahren nicht eine Pression, die die Angst vor dem kommunistischen Staatsanwalt noch durch die Angst vor den Maßnahmen der Kirchenleitung zu überbieten sucht?

Fraglos leidet eine solche Diagnose, wie sie uns westlichen Beobachtern naheliegen mag und wie sie auch in sehr ernsthaften Pressekommentaren der letzten Wochen auftauchte, unter einer gefährlich falschen Weichenstellung. Ich meine, man müßte dieses Problem der Disziplinarverfahren unter völlig anderen Gesichtspunkten erfassen, und nenne nur drei von ihnen, die mir als die wesentlichsten erscheinen:

Erstens: Die Kirchenleitungen in der Zone argumentieren, wie mir scheint, richtig, wenn sie sagen: Wer sich als Pfarrer einem drohenden Verfahren durch die Flucht entzieht, muß den Machthabern und der durch sie beeinflussten Öffentlichkeit als jemand erscheinen, der ein „schlechtes Gewissen“ hat und ein strafbares Delikt verbergen will. Dadurch aber belastet er die Gesamtsituation der Kirche aufs schwerste. Diese institutionelle Belastung der Kirche ergibt sich aus dem besprochenen Gesichtspunkt: daß sich die staatliche Verfolgung zwar an die Fälle von einzelnen hält, damit aber immer die Kirche selbst meint. Darum darf hier kein Schritt zurückgewichen werden.

Freilich muß man nun auch sofort einen Einwand gegen sich selbst erheben: Reicht denn ein gutes Ge-

wissen, reicht denn die Sachtreue des Hirten aus, um vor einem östlichen Richter zu bestehen? Offenbar doch nicht! Denn A. J. Wyschinski sagt in seinen „Fragen der Rechts- und Staatstheorie“: das marxistisch-leninistische Recht habe nicht die Aufgabe, einer sogenannten Idee von der Gerechtigkeit zu dienen, sondern „diejenigen Verhältnisse und Zustände zu schützen, zu festigen und zu entwickeln, die der herrschenden Klasse genehm und vorteilhaft sind“. Und Lenin sagt noch drastischer: „Das Gericht soll den Terror nicht beseitigen, sondern den Terror prinzipiell, klar, offen und ohne Beschönigung begründen (!) (Ges. Werke, Bd. 27, S. 296). So gesehen aber ist das Recht nur noch Instrument einer zynischen Machtapparatur, für die weder der Begriff des guten

„Der Schauprozess gegen den Leipziger Studentenpfarrer Dr. Schmutzler erscheint als der erste schwere Vorstoß innerhalb eines konzentrischen Angriffs auf die evangelische Kirche im Gebiet der ‚DDR‘. Ein Staat, der eine hohe Zuchthausstrafe gegen einen seiner Bürger verhängt, ohne andere ‚Verbrechen‘ nachweisen zu können als Beziehungen zu den Evangelischen Akademien, Ansprachen über Sonntagsheiligung und ähnliche Dinge, die in keinem Kulturstaat der Welt als strafwürdig verurteilt werden, verliert den Anspruch, als Rechtsstaat zu gelten.“

*Landesbischof D. Dr. HANNS LILJE
Stellvertr. Vorsitzender des Rates der
Evangelischen Kirche in Deutschland*

noch der des schlechten Gewissens existiert. Es wird zu einem Mittel der Ausrottung, und die Kirche ist notwendigerweise eines der ersten Opfer dieser ideologischen Selbsterhaltungsmaschinerie.

Die Kirche in der Sowjetzone ist also nicht mit dem blinden, sondern mit dem „legalen“ Unrecht konfrontiert. (Daraus ergibt sich auch die notvolle Gewissensfrage vieler Menschen, die in Briefen an mich fortgesetzt auftaucht: Ist jener Staat überhaupt Obrigkeit im neutestamentlichen Sinne? Wie können wir predigend zur Staatstreue anhalten oder sie selbst üben, wenn wir nur vor dem legalisierten Unrecht stehen?) Und wenn das so ist: erscheint es dann nicht völlig gleichgültig, ob ein gefährdeter Pfarrer seine Sache in den Augen der sowjetzonalen Machthaber durch die Flucht diskreditiert oder ob er sie vor dem pervertierten Forum ihrer Gerichte diskreditieren läßt? Ergo: soll ein solcher Pfarrer nicht lieber in den Westen entweichen, um hier wenigstens noch seinen Dienst der Verkündigung zu tun, statt hinter Zuchthausmauern verstummen zu müssen?

Niemand wird den furchtbaren Ernst dieser Entscheidungsfrage übersehen und niemand von uns wird es wagen, den ersten Stein zu werfen, wenn die Entscheidung zugunsten der Flucht fällt. Aber man wird auch einem Gegenargument Gerechtigkeit widerfahren lassen müssen: Es kann zeichenhafte Kraft besitzen und damit zum Auftrage der Verkündigung gehören, den Staat zu zwingen, ostentativ Unrecht zu tun und die Hintergründe seiner Unrechtsapparatur zu demaskieren.

Scheiterhaufen, die verbrennen, aber auch zeugen

Ich glaube, daß hierin zum Beispiel die Bedeutung des Prozesses gegen den Leipziger Studentenpfarrer Schmutzler liegt. Wenn Schmutzler auch in seinem Widerstand das eine oder andere Problematische getan hat und vielleicht auch aus eigener Überzeugung zugeben mußte — wer könnte denn unter solchen Pressionen eine mathematisch exakte Linie einhalten?! —, so steht doch außer jedem Zweifel, daß man in Wirklichkeit den vollmächtigen Zeugen des Evangeliums und den Führer der studentischen Generation mundtot machen wollte. Auch hier griff man sekundäre Anlässe auf, um damit den eigentlichen Grund — eben die Erstickung einer weithin hallenden Stimme — zu tarnen.

Hätte es nicht seinen Sinn — ich spreche jetzt sehr gewagt —, wenn sich in gleicher Weise Hunderte von Pfarrern einsperren ließen? Die Scheiterhaufen verbrennen ja nicht nur die Zeugen, sie sind auch ein brennendes Fanal, sie zerstören nicht nur, sie zeugen auch. Man hat Hemmungen, im gesicherten Westen so etwas auszusprechen. Aber vielleicht darf man es mit einigem Zagen doch tun, weil es auch unter uns einmal eine Zeit des äußersten Ernstfalles gegeben hat, in der wir solche Erwägungen für uns selbst anstellten.

Die Härte des Christentums

Zweitens ist zu dem Problem der Disziplinarverfahren politisch zu sagen: Einer kollektiven Bedrohung läßt sich auch nur kollektiv widerstehen. Wenn die — an anderer Stelle bereits angesprochene — „Solidarität“ des Handelns aufgelöst wird und die Aktionen sich in Einzelentscheidungen zersplittern, dann wird die Potenz des Widerstandes erschüttert und überdies der menschlichen Schwäche ein gefährlicher Raum geöffnet. Darum liegt ein Sinn in der harten Maßnahme, daß westliche Kirchenleitungen Pfarrer, die aus der Zone geflohen sind, nur dann in ihren Dienst übernehmen, wenn deren heimische Kirchenleitung ihr Placet dazu gibt und damit die Flucht legitimiert. Das Christentum hat seine harten und weiß Gott unbürgerlichen Seiten. In Kampfzeiten wird sein Urgestein sichtbar. Erschütternd und doch sehr tröstlich wird hier plötzlich klar, daß der Zeuge Jesu Christi kein talarumkleidetes Mannequin bei Tauf- und Hochzeitsfeierlichkeiten und daß er kein ornamentaler Lorbeerbaum bei bürgerlichen Begräbnissen ist.

Freilich sähe man die Dinge falsch, wenn man meinen würde, die Aufgabe der Kirchenleitungen bestünde angesichts solcher Kampfsituationen nur in der Wahrung der Disziplin. Sie besteht sicher zunächst in der Seelsorge an den Bedrohten und Verfolgten. In Anbetracht der menschlichen Schwäche, unter einem gefährlichen Druck und einer würgenden Angst der leichteren Entscheidung, etwa der für die Flucht in den Westen, zuzuneigen, ist es aber zweifellos eine weise Verordnung, daß derartige Entscheidungen nicht bloß auf eigene Verantwortung, sondern in der Mitverantwortung, mit Hilfe und unter der Kontrolle von brüderlichen Vorgesetzten vollzogen werden müssen, die ja solidarisch der gleichen Bedrängnis ausgesetzt sind und darum weniger den Charakter einer „Behörde“ als den Sinn einer tragenden und leitenden Bruderschaft haben.

Die Partisanen des Systems

Drittens: Man hat in den letzten Wochen gegenüber der disziplinarischen Regelung immer wieder eingewandt, daß man im „Dritten Reich“ weniger streng verfahren sei. Damals habe man in kritischen Fällen nicht auf der Residenzpflicht des Pfarrers bestanden,

sondern habe ihn versetzt, d. h. gegen einen Amtsbruder ausgewechselt. Dieser Einwand zieht aber ganz einfach deshalb nicht, weil der Vergleich der Sowjetzone mit dem Hitlerstaat nur teilweise stimmt, in unserm Falle aber überhaupt nicht möglich ist. Das „Dritte Reich“ war hier viel harmloser, oder besser: das Crescendo der antichristlichen Maßnahmen hatte hier seinen Höhepunkt noch nicht erreicht. Die Auswechslung eines gefährdeten Pfarrers, wie sie unter dem nationalsozialistischen Regime immerhin noch vorgenommen werden konnte, erweist sich heute weithin als undurchführbar. Wo ein Platz verlassen wird, droht er leer zu bleiben. Wir sehen das drastisch an den theologischen Fakultäten: Ein durch Emeritierung freigewordener Lehrstuhl wird häufig durch mehr als fragwürdigen Nachwuchs besetzt; hier werden die Partisanen des Systems konsequent hinter der christlichen Front abgesetzt, um sie zu unterwandern oder von rückwärts aufzurollen. So wird es auch von diesem Blickpunkt aus verständlich, daß man heute zu noch härteren Entscheidungen entschlossen sein muß, als sie uns unter Hitler abverlangt wurden. Sicher wird es manchmal auch Fälle geben, über die man anderer Meinung sein kann und die einen durch ihre Tragik erschüttern. Das darf aber nicht dazu führen, daß wir von problematischen Details her die Gesamtheit der Widerstandslinie in Frage stellen. Wir haben die Würde der Konzeption zu respektieren, die hinter ihr steht, und das Opfer zu achten, das eine neue Bekennende Kirche zu bringen entschlossen ist.

Sie leiden stellvertretend für uns alle

Wir stehen am Schluß: Ich konnte in diesem Beitrag nicht einfach Kurzinformationen geben oder programmatische Thesen aufstellen. Ich habe mich vielmehr bemüht, in die notvollen Fragen und Gedanken einzuführen, die stellvertretend für uns alle von unseren Brüdern jenseits des Eisernen Vorhangs durchlitten werden. Wenn man sich nicht, diese Fragen und Gedanken nachvollziehend, in sie hineinversetzt, sondern nur die Außenseite des Geschehens sieht, versteht man sie auch nicht. Wenn wir aber so viel von der Wiedervereinigung reden, ist es doch zuallererst unsere Aufgabe, nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern eben zu verstehen, was drüben geschieht. Dabei geht der „kirchliche Sektor“ dieses Geschehens

zweifelloso auch den an, der christlichen Dingen sonst ferner steht. Denn in ihrer Begegnung mit der Kirche Jesu Christi enthüllt sich die ideologische Tyrannei wie nirgendwo sonst. Hier stoßen die Vortrupps der Fronten aufeinander. Hier wird stellvertretend gekämpft und gelitten.

Und noch etwas hatte ich bei diesen Reflexionen im Auge: Die Menschen drüben können das nicht offen und öffentlich aussprechen, was wir in den Spalten einer Zeitung oder Zeitschrift sagen können, die in viele Hände kommt. Darum müssen auch wir eine Aufgabe der Stellvertretung übernehmen: Wir müssen für die reden, die hinter schalldichten Mauern und eisernen Vorhängen sitzen. „Tue deinen Mund auf für die Stummen und für die Sache aller, die verlassen sind“ — sagt Salomo.

Dies aber als letztes: Ich bin davon überzeugt, daß die Kirche in der Sowjetzone nur in dem Maße Aussicht hat, ernst genommen zu werden — und dann auch eine Größe zu sein, mit der man rechnet und die man als Verhandlungspartner respektiert —, wie sie zu ihrer Sache steht und zum Leiden bereit ist. Wenn sie ihr Leben erhalten will, wird sie es verlieren. Gerade wenn sie sich durch Nachgeben einfügt, wird sie zu einer quantität négligeable.

Die Verheißungen, die unter diesem Aspekten der Kirche hinter dem Eisernen Vorhang gelten, sind — wenn ich einmal sehr menschlich und ungeschützt sprechen darf — vielleicht größer und mitreißender als die Chancen der Kirche im Westen. Denn „die Freiheit der Kirche ist nicht dort, wo sie Möglichkeiten hat, sondern allein dort, wo das Evangelium sich wirklich und in eigener Kraft Raum auf Erden verschafft, auch und gerade, wenn ihr keine solchen Möglichkeiten angeboten sind“ (Dietrich Bonhoeffer).

Vielleicht wird die Erneuerung der Christenheit von einer Kirche kommen, die im Glutofen der Anfechtung und unter der Last der Unfreiheit geläutert ist. Und vielleicht werden durch ihren Zeugendienst dann auch die Kommunisten einen Strahl jenes Lichtes erblicken, das die Finsternis über dem Erdreich und das Dunkel über den Völkern erhellt hat.

(Der vorstehende Beitrag ist die erweiterte Fassung eines in der „Zeit“ Nr. 2 vom 9.1.1958 erschienenen Artikels)

FAMILIENPOLITIK UND ÖFFENTLICHE MEINUNG

von Ministerialdirektor Dr. Heinz Simon, Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen

Wer in unserem Land die Sache der Familie verfechten will, gleich ob im politischen Raum oder vor der weiteren Öffentlichkeit, der macht eine interessante Erfahrung: Man versucht immer wieder, ihm das Gewand des weltfremden Eifers umzuhängen, den die Weisen belächeln, die gerade mit der Belebung des Kapitalmarktes, dem Drehen an der Preis-Lohn-Schraube oder dergleichen „weit wichtiger“ beschäftigt sind. Wird er zu unbequem, so setzt man ihn auf eine Wartebank, inmitten von Interessentenvertretern aller Art, und klopft ihm wohlwollend auf die Schulter: „Auch wir wollen ja Familienpolitik, aber doch nicht gerade jetzt.“ Warum muß das eigentlich gerade bei uns so sein? Ausgerechnet im Lande des schlechtesten Geburtenstandes der Welt, der niedrigsten Leistungen für Kinder und andererseits der höchsten Wirtschaftskraft Europas?

Erste Voraussetzung: Gesamtschau des Problems

Das Jahr 1958 bringt in Paris einen Weltkongreß von Politikern und Wissenschaftlern unter dem Thema: „Die Wiederentdeckung der Familie“. Die Vorarbeiten zeigen, daß es hier keinerlei Diskussion mehr darüber geben wird, aus welchen Gründen eine tatkräftige Familienpolitik heute notwendig ist. Insbesondere in allen Ländern unserer westeuropäischen

Schicksalsgemeinschaft ist die Erkenntnis längst unumstritten, daß die Industrialisierung innerhalb der letzten hundert Jahre für die Familie geradezu einen Weltensturz bedeutete, dem sie mit den Resten der Kraft, die man ihr noch gelassen hat, allein nicht begegnen kann. Vorher war sie das Zentrum der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Die Masse des Volkes lebte in Landwirtschaft und Handwerk und dort in der Geborgenheit des Familienbetriebes, der in seinem festgefügtten Haus drei Generationen gleichzeitig volle wirtschaftliche Sicherung gab. Darüber hinaus bot die Einheit von Berufs- und Lebenssphäre der Eltern und Kinder die Gewähr für eine ungestörte reiche Entfaltung des Familienlebens. Heute gehen 80 v. H. der Väter tagsüber zur Arbeit in einen fremden Betrieb, der Familienvater mit vier Kindern kommt mit dem gleichen Leistungslohn nach Hause wie der junge Ledige, mehrere Millionen Schlüsselkinder entbehren bereits auch die Mutter weitgehend, der Sonntag als oft letzter Hort des Restes eines gemeinsamen Familienlebens ist schon Gegenstand der Diskussion und anderes mehr. Diese Tatsachen werden jede für sich auch bei uns durchaus gesehen und hie und da beklagt. Die Gesamtschau fehlt jedoch und damit die Möglichkeit, an die Wurzel des Übels heranzukommen.

„Das moderne Wirtschafts- und Sozialsystem hilft wohl zuweilen einem Kinde — unter Mißachtung der Familie; einer Mutter — wieder unter Mißachtung der Familie; einem gebrechlichen Alten — abermals unter Mißachtung der Familie. Aber der Familie selbst hilft es nicht.“

Es ist an der Zeit, daß diese wirklich nicht mehr neue Feststellung des englischen Schriftstellers G. K. Chesterton auch in der Bundesrepublik bei möglichst vielen Männern und Frauen in verantwortlicher Stellung Eingang findet. Im Gegensatz zu den anderen Ländern Westeuropas stehen bei uns weite Teile der öffentlichen Meinung — insbesondere der großen Presse und des politischen Raumes — einer konsequenten Familienpolitik noch interessellos, wenn nicht ablehnend gegenüber. Es muß einmal ganz klar gesagt werden, daß wir mit dieser Einschätzung des Problems Familie im Rahmen der westeuropäischen Völkergemeinschaft derzeit in etwa das schwächste Glied der Kette darstellen.

Die Familie in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West

Die Sowjetzone des zweigeteilten Deutschlands hat kürzlich das Familienrecht neu kodifiziert. Die Tendenz dieses Gesetzes wird u. a. daraus ersichtlich, daß eine Erziehung der Kinder im Geist des Sozialismus gefordert wird und die Jugendorganisationen des „Kollektivs“ als gleichberechtigte Erziehungsträger neben Eltern und Schule treten. Was noch hinter dem Gesetz steht, macht Herr Nathan, Professor der Rechte an der Osterliner Humboldt-Universität und früherer Abteilungsleiter im sowjetzonalen Justizministerium, deutlich. Er erklärt: der auch in der Zone stabilisierte Grundsatz der Gleichberechtigung fordere die „Einführung des ganzen weiblichen Geschlechts in die öffentliche Industrie“. Er weist ferner darauf hin: hier werde „zum erstenmal festgestellt, daß das Verhältnis der Eltern zu ihren Kindern als Pflicht in einem neuen Bereich, nämlich dem des Staates und der Gesellschaft, steht, und nicht mehr in einem Bereich, in dem es der Bourgeois gesucht hat, nämlich beim Kind oder bei Gott oder bei dem eigenen Gewissen“. Aus allem ist die Bedeutung ersichtlich, die der Institution Familie in der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West zukommt: Drüben das offensichtliche Bestreben, sie trotz gegenteiliger Beteuerungen in ihrem abendländisch-christlichen Gehalt und damit in ihrer Funktion zu schwächen; innerhalb des westeuropäischen Kulturkreises bei allen Völkern der ernsthafte Wille, sie vor einer Überrollung durch den Moloch Wirtschaft mit allen ihren Folgeerscheinungen zu schützen.

Die natürliche Lebensordnung noch weitgehend ignoriert

Das staatspolitische und wirtschaftliche Denken in der Bundesrepublik unterliegt allerdings noch weitgehend jenem überlebten Schema, in dem — wie Schelsky sagt — „das isolierte Individuum zum Partner und Baustein für die Gebilde der Gesellschaft, besonders den Staat und das Wirtschaftsleben, gemacht“ wurde. Wir ignorieren die Familie, in der die Menschen doch heute wie einst in ihrer Mehrzahl leben. Diese ganz und gar schiefe Auffassung vom Zusammenleben der Menschen zeigt sich in vielen Bereichen. Zur Verdeutlichung einige aktuelle Beispiele:

Wir haben soeben eine Erhöhung des Brotpreises erlebt. Nach der „Individualmethode“ wird uns erklärt: diese Preiserhöhung bedeute bei 80 kg durchschnittlichem Brotverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung nur reichlich 3 DM jährliche Mehrausgabe für das Individuum! Niemand spricht davon, daß bei einer Familie mit mehreren heranwachsenden Kindern schon der Brotverbrauch je Kopf ein Mehrfaches beträgt und dann noch (bei einem Ernährer) mit der Zahl der Köpfe multipliziert werden muß. Überflüssig zu betonen, daß es sich hier nicht um die einzige Preiserhöhung für lebensnotwendige Güter handelt, bei der in solcher Art verfahren wird.

Verzerrte Systematik des Steuerrechts

Eine andere aktuelle Tagesfrage der Innenpolitik ist die Änderung der Einkommensteuer, insbesondere die beabsichtigte Einführung des sogenannten Splitting-Tarifs für Ehegatten. Auch hier findet sich der rote Faden wieder. Der Tarif der Einkommensteuer hat zum Ausgangspunkt den

Ledigen; vom Ledigen-Tarif wird durch ein sehr theoretisches und umstrittenes Freibetragssystem der Tarif für die Familien abgeleitet. Das umgekehrte Verfahren entspräche der natürlichen Lebensordnung, in der der Ledige — abgesehen von den ersten Berufsjahren des Jugendlichen — die absolute Ausnahmeerscheinung bildet. Eine solcherart verzerrte Systematik des Steuerrechts bringt die Familie gänzlich ungerechtfertigt in die Situation, bei jeder Steuerreform als lästiger Bittsteller auftreten zu müssen. Wenn die z. Z. vorliegenden Ausarbeitungen z. B. bei einem Monatseinkommen von 1200 DM (das betrifft etwa die Schichten, die einen Großteil des Nachwuchses für die akademischen Berufe stellen) dem kinderlos Verheirateten eine Ermäßigung von 25 DM, der Familie mit 4 Kindern hingegen nur eine Ermäßigung von 3 DM bringen, so hört man als Begründung hierfür: das liege eben an der Systematik des Steuerrechts (d. h. der Ableitung vom Ledigen-Tarif!). Wer zur Erwägung stellt, dem kinderlos Verheirateten nur beispielsweise 20 DM Ermäßigung zu gewähren, der Familie mit 4 Kindern dagegen 10 DM, sieht sich von vornherein in die Rolle eines Mannes gedrängt, der der modernen Staatsrentenpsychose erlegen ist. Der Sanierung des Kapitalmarktes, der Aktie, des Schiffbaues, des Wohnungsmarktes u. a. m. über die Steuer steht die Systematik jedoch nicht entgegen! Es hilft nichts, diese Dinge müssen in aller Deutlichkeit gesagt werden. Kein ernsthafter Familienpolitiker hat bisher neue Belastungen der Allgemeinheit gefordert; alle Anregungen gehen immer wieder nur dahin, lediglich bei der Verteilung neuer Zuwachsraten des Sozialprodukts der Familie in etwa die bisher in unserer Ordnung noch vorenthaltene Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, mindestens aber die Familie mit Kindern gegenüber Ledigen und Kinderlosen nicht schlechter zu stellen.

Begrenzte Korrektur des Leistungslohns notwendig

Das gilt auch und insbesondere für den allgemeinen Leistungslohn, der bei uns noch immer im wesentlichen als nackter Individuallohn gezahlt wird. Hier ist der Staat mit gutem Beispiel vorangegangen. Das im vorigen Jahr neu kodifizierte Bundesbesoldungsgesetz hat den richtigen Grundgedanken verwirklicht. Es hat von dem Gesamtvolumen, das für die notwendig gewordene allgemeine Erhöhung der Bezüge zur Verfügung stand, von vornherein einen Teil für eine stärkere Erhöhung der Familienzulagen abgespalten. Dieser Teil brauchte nicht hoch zu sein, da vor allem die Zahl der Mehrkinderfamilien heute bei uns nur noch ganz unbedeutend ist (1880 gab es noch 25 dritte und weitere Geburten auf 1000 Einwohner, heute sind es nur 4). Noch größere Fortschritte konnten dort erzielt werden, wo es am allernötigsten ist, nämlich bei unseren Rentnern, Kriegervitwen usw. Wenn die Tarifpartner diesen Musterbeispielen wenigstens in beschränktem Umfange folgen, d. h. z. B. nur einmal bei einer der periodischen Lohnerhöhungen 2 v. H. für Familienzulagen abzweigen würden, so wäre die Ausdehnung des Kindergeldes auf das zweite Kind auch in der freien Wirtschaft spielend möglich. Damit wären zusammen mit den Aufwendungen für das bisherige Kindergeld für die dritten und weiteren Kinder nur insgesamt 3 v. H. der Lohnsumme für Familienzulagen beansprucht. Es kann keine Rede davon sein, daß ein solcher Betrag den Leistungslohn, zweifellos ein Fundament unserer Wirtschaftsordnung, zu erschüttern in der Lage wäre.

Die Mütter müssen mitverdienen

Ein besonders wichtiges Beispiel für die verheerende Auswirkung der Praxis vom „Individuum als Partner und Baustein für die Gesellschaft“ stellen die intensiven Bestrebungen dar, die Frauenarbeit immer weiter auszudehnen. Der Anteil der berufstätigen verheirateten Frauen hat sich in den letzten 6 Jahren verdoppelt. Es kann bei der heutigen Lage des Arbeitsmarktes keinem Zweifel unterliegen, daß — wollte man diese Entwicklung der Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft überlassen — das Ende auch bei uns die „Einführung des gesamten weiblichen Geschlechts in die öffentliche Industrie“ wäre, genau wie in der kommunistischen Ordnung. Auch bei uns werden die Voraussetzungen hierfür — Ganztagskindergärten, Ganztagschulen usw. — geflissentlich propagiert. Wir müssen mit aller Klarheit erkennen, daß dieser Vorstoß individualistischen Denkens die Familie mitten ins Herz trifft. Hier hilft kein intellektuelles Darüber-Reden, kein Relativieren mit Schlagworten wie Vollbeschäftigung, Gleichberechtigung, Rationalisierung des Haushalts, Emanzipation. Es ist einfach nicht wahr, daß nunmehr auch unsere Mütter den Wunsch haben, in Fabriken, Warenhäusern und Kontoren die

Erfüllung ihres Lebens zu suchen und ihre Kinder Kollektiv-einrichtungen zu überlassen. Man redet es ihnen nur ein. Kein Wort gegen die kinderlose Frau, gegen die Wissenschaftlerin, gegen alle, die einer Berufung oder besonderen Neigung folgen, wenn sie außer Haus arbeiten. Aber wie viele sind das? Die weit überwiegende Mehrzahl der berufstätigen Mütter — das ergeben alle Befragungen — arbeitet nur aus wirtschaftlichem Zwang. Der Bundesminister für Familien- und Jugendfragen hat in seiner 1955 erschienenen Denkschrift zur Lage der Familie ohne Widerspruch festgestellt, daß schon die Mehrzahl der Familien mit 3 Kindern bei den 1954 erzielten Durchschnittseinkommen in der Nähe des Existenzminimums oder sogar darunter leben mußte, wenn diese Familien nicht auch die Mutter hinaus ins Erwerbsleben schicken wollten. Deswegen die Notwendigkeit einer begrenzten Korrektur des Leistungslohns. Darüber hinaus arbeiten zweifellos viele verheiratete Frauen für den Lebensstandard. Es ist deutlich erkennbar, daß sich — etwa auf dem Zwangsumweg über das Abarbeiten eines Baukostenzuschusses für eine Zweieinhalbzimmerwohnung usw. — ein neues Leitbild für die junge Ehe auftut, nämlich gemeinsames Erarbeiten des Aufstiegs in eine höhere soziale Schicht. Kinder stehen hierbei — soweit überhaupt vorhanden — nicht mehr im Zentrum, sondern mehr oder weniger an der Peripherie des gemeinsamen Lebens.

Familienpolitik aus christlicher Verantwortung

Diese Beispiele eines vorwiegend individualistisch bestimmten Denkens in unserer Ordnung wären beliebig zu vermehren. Hier konnte nur an Hand einiger markanter Fälle aufgezeigt werden, wohin der Weg uns bereits geführt hat. Die Ehe als Vorstufe der Familie ist nach christlicher Auffassung keineswegs nur eine Vereinigung zweier Individuen zum Zwecke ihrer bestmöglichen geistigen oder gar wirtschaftlichen Entwicklung. Sie verwirklicht ebenso Gottes Ordnung, indem sie für eine neue Generation von Menschen sorgt. Sie trägt vor Gott auch die Verantwortung, daß die „zweite Geburt“ des jungen Menschenkindest, das Erwecken und die Pflege seiner geistig-seelischen Kräfte, richtig vor sich geht. Es bedarf aber der Geborgenheit, der Ruhe und der Zeit, um das Kind durch viele Tausende von Einzelimpulsen beim Zusammensein mit Vater und Mutter zur höchstmöglichen Entwicklung zu führen. In diesem Sinne versteht sich die Aufgabe der Eltern heute nicht mehr von selbst. Es ist notwendig, die drohende Aus-höhlung dieser Aufgabe durch übermächtige Umwelteinflüsse zu sehen und die Folgerungen daraus zu ziehen. Wer die Aufgabe der Familie in Gottes Ordnung anerkennt, muß sich heute auch dazu bekennen, daß Familienpolitik ein wesentlicher Bestandteil jeder Politik aus christlicher Verantwortung sein muß. Nur aus solcher Verantwortung heraus ist es möglich, Maßnahmen zu treffen, die nicht einen in Mark und Pfennig oder in Wählerstimmen auszudrückenden Augenblicksgewinn bringen, sondern in die Zukunft der Gemeinschaft wirken. Insofern ist Familienpolitik ein Prüfstein für die Demokratie überhaupt.

Aufgaben, die vor uns liegen

Zum Schluß noch ein kurzer Blick auf einige der Aufgaben, die in der dritten Legislaturperiode des Bundestages vor uns liegen:

Hier ist zunächst das Problem zu nennen, das sich mit der bevorstehenden wirtschaftlichen Wiedereingliederung des Saarlandes (Ende 1959) ergibt. Die Familienzulagen haben dort etwa die gleiche Höhe wie in der Mehrzahl der anderen Staaten Westeuropas, d. h. neben ins Gewicht fallenden Mütter- und Geburtszulagen werden für das erste Kind etwa 20 DM, für das zweite und die folgenden Kinder je etwa 35 DM gezahlt. Demgegenüber haben wir in der Bundesrepublik lediglich Leistungen für das dritte und die weiteren Kinder in Höhe von je 30,— DM.

Der Bundesminister für Familien- und Jugendfragen hat dazu kürzlich in einem Interview folgendes erklärt:

„Alle für die Gestaltung der Dinge Verantwortlichen sind jetzt also zu einer klaren Entscheidung gezwungen, ob das Familienlohnsystem des Saarlandes, das in allen Ländern der Montanunion und des Gemeinsamen Marktes seit langem selbstverständlich ist, nun auch in der Bundesrepublik Eingang finden oder ob das familienfeindliche System des nackten Leistungslohns, wie es in unserer privaten Wirtschaft noch fast uneingeschränkt herrscht,

dem Saarland aufgezwungen werden soll. Letzteres ist, wie jedermann weiß, schon politisch völlig unmöglich. Sozialpartner und Gesetzgeber werden sich also — ob gern oder ungern — nur für die Familienlohn-Lösung entscheiden können, zumal die Bundesrepublik in dieser wirtschaftlich und sozial gleich wichtigen Frage innerhalb des Gemeinsamen Marktes nicht völlig aus der Reihe tanzen kann.“

Die eindeutige Alternative in dieser Frage muß gesehen werden. Hier muß jeder, ohne etwa auf unerfüllbare Forderungen an den Bundeshaushalt auszuweichen, Farbe bekennen, insbesondere die Arbeitgeber und die Gewerkschaften, deren Mitglieder dem Familienlohngedanken übrigens aus echtem sozialen Gerechtigkeitsempfinden vielfach durchaus positiv gegenüberstehen. Ist die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung unseres Leistungslohns zum Familienlohn aber einmal anerkannt, so ergibt sich von selbst, daß weitere Lohn- und Gehaltserhöhungen zunächst einmal besonders den Familienzulagen (über die Familienausgleichskassen) zufließen müssen. Das ist der wirtschaftlich allein vertretbare Weg, die Kaufkraftlage der Familie derjenigen der Kinderlosen endlich mehr anzunähern. Denn die für Lohn- und Gehaltserhöhungen verfügbare Steigerung des Sozialprodukts ist nur einmal vorhanden und kann deshalb nicht erst als allgemeine Erhöhung für jeden und dann nochmals als Kindergeld für die Familie verteilt werden.

Auf die in Arbeit befindliche Reform der Einkommensteuer, vornehmlich die Neuregelung der Ehegattenbesteuerung (Splitting), wurde bereits hingewiesen. Es ist notwendig, daß bis in die mittleren Einkommen hinein zumindest der bisherige steuerliche Vorsprung der Mehrkinderfamilie gegenüber dem kinderlosen Ehepaar aufrechterhalten wird. Das Gebiet ist zu differenzieren, um in diesem Rahmen ausführlich behandelt zu werden. Für den Sachkenner sei vermerkt, daß ein Splitting erst ab Steuerklasse III (verheiratet mit Kindern) die Familie wirksamer in den Mittelpunkt rücken würde. Die beiderseits verdienenden kinderlosen Ehepartner könnten wie bisher getrennt veranlagt werden, so daß hier keine Schlechterstellung gegeben wäre. Die kinderlose Ehe mit nur einem Verdienender, der nach den bisherigen Plänen der weitaus größte Vorteil der Reform zugute käme, braucht zumindest keine Verbesserung ihrer Lebenshaltung, die über diejenige der Familie mit Kindern hinausgeht.

Ein ganz besonderes Anliegen aber wird es sein, den Familienheimbau in erheblich größerem Umfang als bisher zu fördern. Es ist verlockend, an dieser Stelle nochmals den roten Faden individualistischen, nicht familiengemäßen Denkens aufzugreifen, der auch auf diesem Gebiet zutage tritt. Wir haben uns vorgenommen, ein Volk von Eigentümern zu werden. Wo aber im menschlichen Leben ist nach natürlichen Gesetzen der Antriebe zur Eigentumsbildung am stärksten? Doch wohl bei denen, die für Kinder sorgen! Gerade sie aber, vor allem bei kinderreichen Familien, sind von der Vermögensbildung weitgehend ausgeschlossen. Die Vorteile, die der Staat als Anreiz für die private Kapitalbildung z. B. auf steuerlichem Gebiet gewährt, können zumeist nur von der kinderlosen oder kinderarmen Ehe in Anspruch genommen werden. Sie werden dort mehr oder weniger zu zeitlich begrenztem Zwecksparen, nicht aber zu echter Eigentumsbildung ausgenutzt. Man möge die wiederholte Apostrophierung der kinderlosen Ehe nicht mißverstehen. Kinderlosigkeit ist sehr oft Schicksal, unter dem die Betroffenen selbst am meisten leiden. Auch dort, wo sie gewollt ist, hat sie nach dem Grundgesetz Anspruch auf Achtung. Die Gleichheit vor dem Gesetz erfordert es aber nicht, die Vorteile eines gesteigerten Sozialprodukts in ihrer Mehrzahl gedankenlos gerade dorthin zu leiten, wo sie am wenigsten gebraucht werden, und sie den Familien mit Kindern vorzuenthalten, die die auch im Interesse der Allgemeinheit notwendigen Aufwendungen für die nächste Generation überwiegend auf ihren Schultern tragen.

Doch zurück zum Eigenheimbau: Das Familienheim ist so gut wie die einzige Möglichkeit für die Masse der Familien mit Kindern, zu Eigentum zu gelangen. Man sollte daher zumindest gegen alle Widerstände der Bürokratie und der Wohnungsbauunternehmen das Familienheimgesetz so durchführen, wie es der Gesetzgeber gewollt hat. Schwierigkeiten bei der Baulandbeschaffung sowie infolge der hohen Boden-

preise könnten in erster Linie durch eine weitschauende Bodenvorratswirtschaft ausgeräumt werden. Im Hinblick auf die große, nicht nur wirtschaftliche, sondern auch erzieherische, das Familienleben fördernde Bedeutung des Eigenheims sollte auch unsere Jugend, die heute vielfach schon erheblich verdient, möglichst frühzeitig zum Sparen für ein Familienheim angeleitet werden. Das bisherige System der Bausparkassenverträge, der Gewährung von Wohnungsbau-prämien usw. wäre zu diesem Zweck den besonderen Verhältnissen unserer jungen Menschen anzupassen.

Auch der Schutz des inneren Bereichs der Familie, der freien Entfaltung eines gesunden Familienlebens, wird mehr als bisher im Blickpunkt der dritten Legislaturperiode liegen müssen. Der Staat hat sich hier zwar jedes direkten Eingriffs zu enthalten; es ist jedoch seine Pflicht, die Gefahren abzuwehren, die im modernen Industriestaat übermächtig bis in den Kern des Familienlebens eindringen. Hierher gehören u. a. der Schutz des Sonntags, die Verstärkung des Rechtsschutzes gegen „Schmutz und Schund“, die Erschwerung der Ehescheidung zugunsten des schuldlosen Teils. Weiterhin stehen wir vor wesentlichen Aufgaben im Hinblick auf die Erziehung unserer Jugend, die in ihrer Mehrzahl fast noch im Kindesalter die Berufsarbeit in Fabriken und Kontoren aufnimmt, zum rechten Verständnis von Ehe und Familie (Diakonisches Jahr, Freiwilliges Soziales Werkjahr, Bräuteschulen und Eheseminare), im Hinblick auf den Jugendarbeitsschutz, eine einheitliche Regelung der Erziehungs- und Ausbildungsbeihilfen u. a. m. Von ganz besonderer Bedeutung ist die Hilfe für unsere überbe-

anspruchten Mütter durch Förderung des Müttergenesungs-werks, der Haus- und Familienpflege, der sozialpädagogischen und -pflegerischen Berufe, der Halbtagsarbeit zugunsten der Mütter mit Klein- und Schulkindern usw. Und schließlich seien noch die Familienferienwerke erwähnt, die weiter ausgebaut werden müssen, um gerade auch den kinderreichen Familien erschwingliche Erholungsmöglichkeiten zu bieten.

Das wichtigste aber — wertvoller als alle Gesetze — ist ein familien- und kinderfreundliches Klima in unserer Öffentlichkeit. Alle müssen wissen, daß die heutige Gefährdung der Familie die gesamte innere Ordnung eines Volkes, die Grundlagen seines moralischen und biologischen Wertes angreift. Alle müssen erkennen, daß diese Gefährdung bereits eine sehr reale Tatsache geworden ist, die unsere volle Aufmerksamkeit erfordert. Von der Vergötzung der Wirtschaft und des Lebensstandards ist es ein gerader Weg über die „Einführung des ganzen weiblichen Geschlechts in die öffentliche Industrie“ bis hin zur Erziehung der Kinder durch das „Kollektiv“. Wir alle müssen dafür sorgen, daß dieser Weg nicht gegangen wird, selbst das kleinste Stück nicht — und sei es auch nur aus Gedankenlosigkeit. Wir wünschen nicht — um jenes drohende Wort aus der Sowjetzone noch einmal anklingen zu lassen —, daß „das Verhältnis der Eltern zu ihren Kindern als Pflicht in einem neuen Bereich, nämlich dem des Staates und der Gesellschaft, steht“. Wir wünschen, daß dieses Verhältnis in einem Bereich verbleibt und ungestört wirksam werden kann, der wie bisher vom Kinde, von Gott und vom eigenen Gewissen her bestimmt ist.

ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION

Adenauer und die Intellektuellen

In der Monatszeitschrift „Die Politische Meinung“ schreibt der bekannte Wiener Publizist Friedrich Torberg u. a.:

„Beharrlichkeit ist ein schöner Zug. Sie zeugt nicht unbedingt von Intelligenz, aber sie zeugt von Charakter. Und so gehört die Beharrlichkeit, mit der die bundesdeutschen Intellektuellen ‚gegen Adenauer‘ sind, zu ihren besten Eigenschaften (denn daß ‚Intellekt‘ nicht unbedingt ‚Intelligenz‘ bedeutet, hat sich ja schon herumgesprochen).“

Die bundesdeutschen Intellektuellen sind heute, da er zum dritten Male gewählt wurde, genau so heftig gegen Adenauer wie nach seiner zweiten und nach seiner ersten Wahl. Sie sind es sogar um einiges heftiger, und zwar entspricht ihr Zuwachs an Heftigkeit ungefähr seinem Zuwachs an Stimmen. Anders gesagt: Je mehr vom ‚Volk‘ sich für Adenauer entscheidet, desto mehr vom ‚Intellekt‘ entscheidet sich gegen ihn. Die Steigerung seiner Gefolgschaft unter den ‚Massen‘ steht in direkt proportionalem Verhältnis zur Steigerung seiner Gegnerschaft unter den Intellektuellen, die aus seinem wachsenden Erfolg keineswegs schließen, daß sie unrecht haben, sondern daß sie recht haben. Sie halten sich da offenbar an Schillers verführerisches Wort aus dem Demetrius-Fragment: ‚Was ist die

Mehrheit? Mehrheit ist der Unsinn — Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen.‘ Darin liegt, wie jedermann — etwa mit Ausnahme der Intellektuellen — weiß, eine höchst aristokratische Attitüde beschlossen, und jedenfalls alles eher als das Prinzip der Demokratie, um deren Wahrung es den Intellektuellen doch zu tun ist und zu deren Rettung vor den Adenauer-schen Diktaturgelüsten sie sich doch aufgerufen fühlen: was sie ihrerseits in zahlreichen Aufrufen vor den Wahlen zum Ausdruck brachten. Daß Adenauer trotzdem mehr als 50 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigt hat, gilt ihnen nicht als der weitaus klarste Wahlsieg in der Geschichte der deutschen Demokratie, sondern als besorgniserregende Übertrumpfung Hitlers, der es bei den letzten nach außenhin noch demokratischen Wahlen nur auf 44 Prozent gebracht hatte. Von hier aus bis zu einer Interpretation, derzufolge dann also Adenauer ein um 6,2 Prozent größerer Diktator als Hitler sein müsse, ist es nur noch ein Schritt.

Die bundesdeutschen Intellektuellen haben ihn noch nicht getan. Aber sie sind auf dem Gedankensprung dazu — man merkt das an zahllosen Kommentaren und in zahllosen Diskussionen, man merkt es am Auftauchen von Wendungen, wie ‚Stimmvieh‘ und ‚politisch urteilslose Wählerschaft‘, man merkt es an der ressentimentgeladenen Aufnahme eines in Ruhe, Frieden

und Freiwilligkeit gefallenen Volksentscheids. Die feurigsten Verfechter der Demokratie erweisen sich als ihre schlimmsten Verächter ...“

Der Konformismus der Nonkonformisten

In der „Zeit“ setzt sich Klaus Harpprecht mit dem Bild vom antiintellektuellen Konformismus auseinander, das Erich Kuby in der „Welt“ entworfen hat. Harpprecht schreibt u. a.:

„Die Gleichschaltung des Nonkonformismus ist eine Tatsache, für die es Indizien genug gibt. Der Erzbeweis: die verbissene gemeinsame Jagd nach dem Generalsündenbock, von dem man nicht genau weiß, ob er nicht bloß eine Erfindung ist. Es muß doch jemanden geben, der an allem schuld hat. Man braucht halt den Teufel, den Erzfeind, nach dem sich die Front ausrichten kann. Man sagt zwar noch nicht ohne Vorbehalt: der autoritäre Bundeskanzler. Man sagt eben in ungehauer Umschreibung: die Restauration, die Erstarrung, der Konformismus. Man bleibt im allgemeinen und sagt: die herrschende Macht. Hat man sich erst einmal der Kurzschlußlogik dieser Technik ausgeliefert, dann ist es nur noch sinnfälliger, eine absurde Behauptung wie diese niederzuschreiben: ‚Die Position der Intellektuellen in unserem Staat erlaubt ihnen keinesfalls, eine direkte Beziehung zur Obrigkeit herzustellen.‘ Ich wäre geneigt, diese bornierte Unwahrheit als

eine Unverschämtheit zu bezeichnen, wenn sie nicht noch dümmere wäre, als sie ungezogen ist ...

In der totalen Absage an die „Obrigkeit“ verbirgt sich nämlich eine Abkehr von unserem Staat, den ich immer noch als eine Demokratie betrachte. Damit aber kündigt sich ein Prozeß an, der durch die Flucht in populäre Emotionen (die man mit den Gefühlen des Volkes verwechselt) nicht mehr verschleiert wird: die Kapitulation des Intellektuellen vor der legitimen Macht eines Rechtsstaates. Wohl gemerkt, es handelt sich nicht um einen faulen Frieden, wie ihn angeblich die vermeintlichen oder wirklichen Konformisten geschlossen haben. Sondern um den Entschluß zur demütigenden Negation, die sich als totale Opposition tarnt.

Da mag mancher Gewaltige im Bonner Bundeshaus gelangweilt die Schultern heben: „Na, wenn schon, wer ist schon Herr Kuby? Und wer ist der Klub republikanischer Publizisten?“ Aber ich denke, es ist kein Luxus, besorgt zu sein, wenn eine intellektuelle Avantgarde — oder vielmehr eine Nachhut, die in verkehrter Richtung marschiert — die Staatsfremdheit als Ausweis der Denkfähigkeit proklamiert. Das steckt an. Man mache sich die Mühe und höre sich in der Mensa einer unserer Universitäten um. Man wird dort manchen Anlaß finden, sich gehörig zu erschrecken und sich dann zu besinnen, ob wir uns Gleichgültigkeit noch leisten können, wenn sich hervorragende deutsche Tageszeitungen und die populären Boulevardblätter ihrer Macht bedienen (und sie sind weiß Gott auch eine Macht), um die geistige und moralische Legitimität der ersten verlässlichen deutschen Demokratie von Tag zu Tag fragwürdiger erscheinen zu lassen. Und jener Nonkonformismus ist auch nicht mutig genug, seinen Protest klar mit dem legalen Machtwort der legalen Opposition zu vereinen. Das verlangte Disziplin, forderte auch manches Opfer, doch es bedeutete zuletzt, daß man der Demokratie einen respektablen Dienst erwiese — wollte man sie nur, diese Demokratie. Aber Erich Kuby und die Seinen wollen sie offenbar nur benutzen. Wofür? Das bleibt offen ...

Die „Kommunistenfurcht“ legt er als einen hinterhältigen Trick der Obrigkeit aus, dessen man sich in Bonn bedient, um das

„Die Regierung der Sowjetunion hat in letzter Zeit mit einer ungewöhnlichen diplomatischen und propagandistischen Aktivität zahlreiche Vorschläge gemacht, die angeblich zur Minderung der internationalen Spannungen dienen sollen. Der Ausgangspunkt aller dieser Vorschläge ist die Anerkennung des Status quo durch den Westen. Was bedeutet das? Nichts anderes, als daß auf die Lösung aller der gefährlichen, die internationale Atmosphäre vergiftenden Streitfragen verzichtet werden soll, die sich seit dem Ausgang des letzten Krieges entwickelt haben und deren Fortbestehen die Hauptursache für die internationalen Spannungen und das gegenseitige Mißtrauen in der Welt bildet. Es ist unverständlich, wie man auf dieser Grundlage zu einem Mindestmaß gegenseitigen Vertrauens und damit zu der unerläßlichen Voraussetzung für eine allgemeine Abrüstung kommen soll. Und es ist ebenso unverständlich, wie die Forderung nach Anerkennung und Festigung dieses auf Willkür und Zufall aufgebauten und mit schwersten Ungerechtigkeiten belasteten Status quo mit der von der Sowjetregierung gleichzeitig erhobenen Forderung nach dem Abschluß eines gerechten Friedensvertrags zu vereinbaren ist.

Tatsächlich heben sich diese beiden Forderungen gegenseitig auf, — es sei denn, der Regierung der Sowjetunion schwebte ein Friedensdiktat vor, das die Spaltung Deutschlands verewigen und damit die ungelösten territorialen Probleme Europas im Sinne der sowjetischen Vorstellungen und Interessen bestätigen würde. Eine solche Regelung wäre weder gerecht, noch würde sie dem Weltfrieden dienen.“

Aus der Regierungserklärung anläßlich der außenpolitischen Debatte im Deutschen Bundestag am 23. Januar 1958

Volk zum Konformismus zu verführen. Die Wirklichkeit, sagt er, hätte nicht ausgereicht, diese Furcht zu erzeugen. Es ist wohl nicht unbillig, einige Zweifel anzumelden, ob Kuby und seine Mitstreiter diese Wirklichkeit so ernst zur Kenntnis genommen haben, wie sie ist. Wir haben wahrhaftig manches erlebt, das Anlaß genug war, uns das Fürchten zu lehren. Die Arbeit des Staatssicherheitsdienstes — die meines Wissens keineswegs zwecks Entstalinisierung beendet wurde — ist nach wie vor ein Alptraum; und das Schicksal eines Wolfgang Harich — dem nicht meine Bewunderung gilt — ist es ebenfalls. Die Hinrichtungen in Ungarn mahnen mich nicht nur, auf der Hut zu sein. Sie machen mich fürchten. Und ich blickte zu Erich Kubys souveränen Bemerkungen über die Kleingläubigkeit unseres Kommunistenschrecks mit Staunen auf, könnte er mich davon überzeugen, daß er den Gefahren aus Osten mit gelassenem Selbstvertrauen begegnete.

Ich vermute allerdings, daß er diese Gefahr nicht sieht und, was schlimmer ist, nicht sehen will. Dort drüben darf einfach nicht der Teufel am Werk sein, weil sonst die These von der angeblichen Verketzerung des kommunistischen

Gegners nicht mehr stimmt. Auch das hat seine Logik. Es fragt sich nur, ob sie Kuby dazu berechtigt, Zensuren in Sachen Realismus auszuheilen. Seine Logik ist ohnehin bizarr genug. Sie besagt nicht etwa, daß die ungeteilte Macht des kommunistischen Totalstaates doppelt böse, niederträchtig und geistfeindlich ist, weil sich in seiner Augen schon die pluralisierte Macht der Bonner Demokratie böse, niederträchtig und geistfeindlich ausnimmt. Ganz anders: die Macht dort drüben, sie ist eher nur halb so böse.

So abenteuerlich kann das Denken sein, wenn man es nicht so genau betreibt. Kuby muß sich sputen, wenn er den Vorsprung einholen will, den mancher Neuling im Lager des Nonkonformismus gegenüber ihm, dem alten Kämpfer, in den vergangenen Wochen mit atemloser Konsequenz zu gewinnen vermochte: In seiner Nähe raunt man schon, daß uns zuletzt nur die Wahl zwischen dem Atomtod und der Bolschewisierung bleibe. Das allerdings ist die Endstation des zweiten Aktes im Prozeß einer nonkonformistischen Selbstliquidierung der protestierenden Intellektuellen: die Kapitulation vor dem totalitären Konformismus.“